

## Deutschland.

**Berlin, 20. Mai.** Die Ratifikation des Londoner Vertrages ist hier bereits am heutigen Tage vollzogen worden. — Die Preußenfeinde in Süddeutschland, namentlich in Baiern, lassen keine Gelegenheit vorbegehen, die verhasste Verbindung mit Preußen wenigstens noch bei der ungebildeten Menge in Mißkredit zu bringen. Auf diese kann es nur berechnet sein, auf die gemeinen Soldaten, Unteroffiziere u. A. m., wenn von München die Klage laut wird, der preussische Militärbevollmächtigte General v. Hartmann habe in den Offizierkreisen durch anmaßendes, unbefugtes Einmischen in militärische Dienstangelegenheiten Anstoß erregt. Von zuverlässigen und unbefangenen Seiten wird das strikte Gegenheil gemeldet und vernünftiger Weise kann man solche albernen Verdächtigungen nur als böswillig, zugleich aber als plump erfunden, voraussetzen. Es liegt wohl auf der Hand, daß die preussischen Militärbevollmächtigten es als ihre Aufgabe mit betrachten müssen, auch durch ihren persönlichen Einfluß die militärische Verbrüderung zu befördern und daß bei der Auswahl auch auf diesen Nebenpunkt gewiß mit Rücksicht genommen ist; auch wenn dies nicht der Fall wäre, kann man von jedem preussischen General wohl voraussetzen, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen Takt genug besitzen wird, jede Veranlassung zu Mißdeutungen seiner Stellung zu vermeiden. — Der früher zur Disposition gestellte General Graf Stolberg, welcher während des Kriegs in Schlessen ein fliegendes Korps errichtet hatte, ist in den aktiven Dienst wieder eingetreten. — Sämtliche Fußbatterien der Feld-Artillerie sind nunmehr mit bezogenen Geschützen versehen und die reitenden Batterien sollen noch im Laufe dieses Jahres damit ausgerüstet werden. — Die „Aug. Allg. Ztg.“ hat sich jedenfalls unnötiger Weise darüber Scrupel gemacht, daß die gemeinschaftliche Reise der hohen Monarchen von Preußen und Rußland nach Paris dem Kaiser Napoleon nicht erwünscht sein würde. Bei weiterer Ausführung dieses Themas hat die „A. A. Z.“ auch die Vermuthung ausgesprochen, Kaiser Napoleon werde diese Durchkreuzung seiner Berechnungen in jarter Weise zu verhindern suchen. Dieser gemüthlichen Anschauung, daß Kaiser Napoleon vielleicht sagen würde, die hohen Monarchen möchten doch lieber einzeln kommen — „weil er etwa für Beide zugleich nicht den nöthigen Logitraum hätte“, kann man sich aber nicht gut anschließen. Kaiser Napoleon hat vor Beginn der Industrie-Ausstellung diese und andere Fürstliche Herren zum Besuch eingeladen; wenn nun der Kaiser Alexander und König Wilhelm die Reise dahin gemeinschaftlich unternehmen, so kann doch unmöglich Kaiser Napoleon dagegen demonstrieren, das wäre doch ein wunderliches Verfahren gegen eingeladene hohe Gäste. Die französische, namentlich die offiziöse Presse überbietet sich jetzt in wunderlichen widerspruchsvollen und unklaren Redewendungen. Es scheint fast, als ob die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Erfolgen der Diplomaten durch dunkle Andeutungen und neue Illusionen beschwichtigt werden sollte. Ein besseres Beruhigungsmittel würde aber gewiß die Befestigung des Vertrauens auf dauernden Frieden und damit die Hebung der materiellen Interessen sein. — Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben ein Gesuch um gänzliche Beseitigung der Elbzölle und Aufhebung der Transitzölle nach Mecklenburg-Schwerin, Lauenburg und Bergedorf an das Staatsministerium eingereicht. — Wenn einige Blätter neuerdings als Neuigkeit melden, daß der Geh. Regierungsrath, früherer Polizei-Rath Stieber d. J. im Staatsministerium eine Wirksamkeit erhalten habe, so ist dies dahin zu berichtigen, daß nicht erst seit Kurzem, sondern schon seit Jahresfrist der Senat an dieser Stelle thätig ist. Während des Kriegs hat Stieber die Feldpolizei in Oesterreich organisiert und geleitet; momentan entwickelt derselbe, wie ich höre, in Hannover eine sehr erfolgreiche Thätigkeit, deren Resultate und Folgen wenigstens zum Theil auch bald bekannt werden dürften.

(B. V. Z.) Der Befürchtung, welche in unserem Abgeordnetenhaus Herr Waldeck geäußert, daß bei der neuen Gestaltung der Dinge jedes Frühjahr einen neuen Krieg bringen könnte, scheint glücklicher Weise der Boden entzogen worden. Der Mahnung, daß „das Bündnadelgewebe nicht in Permanenz erklärt werden möge“, hat die preussische Regierung thatsächlich durch persönlichen Geist und williges Eingehen auf ein Kompromiß entsprochen, welches uns eine schmerzliche Entfugung auferlegt, eine Entfugung, deren Gegenstand freilich in rechtlicher Beziehung so wenig klar und unbestreitbar da stand, daß es eine unverantwortliche Fribolität gewesen sein würde, seinethalben es auf einen blutigen und das Land erschöpfenden Krieg ankommen zu lassen. Noch sind unsere Lazarethe von den Opfern des vorjährigen Kriegs nicht leer; sie auf's Neue zu füllen, ohne daß dringende Noth uns die Waffe in die Hand drückte, wäre ein Frevel an der Menschheit und am Vaterlande gewesen. Für den Ruhm ist in den letzten Jahren so viel geschehen, daß seine Auffrischung durch neues Blutvergießen von der Welt als Barbarei verurtheilt werden würde. Der Feldzug gegen Dänemark im Jahre 1864 mit den beiden glänzenden Waffenthaten von Düppel und Alsen, der vorjährige, an das Fabelhafte grenzende, Krieg der „sieben Tage“ thun der militärischen Ehre für mehr als ein Menschenalter genug, und die Bergung und Sicherung der Früchte jener Kriege ist eine Aufgabe, deren Durchführung nur im Frieden möglich. Wie peinlich und bitter daher auch die Thatsache uns berührt, daß unsere Truppen die preussische Fahne auf den Wällen von Luxemburg einzuziehen haben: wir getrosten uns, daß um diesen Preis die Erhaltung des Friedens nicht zu theuer erkauft, die Neutralität Frankreichs während der Jahre 1864 und 1866 nicht zu hoch bezahlt worden ist. Mit dieser Ausgleichung ist der Alp von Europa's Brust genommen, welcher auf derselben so lange lastete, als die Frage der französischen „Kompensations-Forderungen“ im Dunkeln lag und

jeden Augenblick in feierlicher Gestalt an's Licht treten konnte. Die schwarzen Wolken, nach welchen jeder Finger ängstlich deutete, als sie am fernen Horizont gelagert waren, haben sich zusammengeballt, um sich alsdann gefahrlos zu zerstreuen und aufzulösen. Die Geschichte wird vielleicht dem jetzigen Leiter der auswärtigen Politik als sein rühmendstes Werk dieses verzeichnen, daß er nach einem Kriegsjahre, wie das verfloßene, zu einem Friedensakte, wie der jüngst abgeschlossene, sich bereit gefunden hat. Nachdem er mit dem Schwert Deutschland sich selber wiedergegeben, hat er demselben mit dem Delzweige die Sympathieen Europa's gewonnen.

Aus Paris ist wiederholt von einer Verstimmung gegen Preußen geschrieben worden, welche, weit entfernt, durch die Konferenz beseitigt worden zu sein, seit ihrem Abschlusse sich merklich gesteigert habe. Dieser Blickende sprechen jedoch weniger von der Gereiztheit gegen Preußen, als von der Verstimmung gegen den Kaiser. Diese Verstimmung und der Wunsch, sie an den Tag zu legen, nicht aber Uebelwollen gegen Preußen, sei der Grund gewesen, weshalb die offiziellen Mittheilungen der Regierung vom gesetzgebenden Körper so kalt aufgenommen wurden: diese Verstimmung zeige sich in allen Kreisen, unter den Freunden sowohl, wie unter den Gegnern des Kaiserthums, ja, selbst diejenigen, die aus tiefinnerster Ueberzeugung, und nicht aus bloßem Krämer-Interesse, vor dem Gedanken eines Kriegs mit Deutschland zurückbeben, hätten kein Hehl, daß ein zweiter ähnlicher „Sieg Frankreichs“ dem Kaiser und seiner Dynastie bedrohlich werden müßte. Der „K. Z.“ wird aus Paris geschrieben: Es sei nicht wahr, sagen alle, die das französische Volk nicht nach dem bloßen Geschwäze der Kammeristen beurtheilen, daß es sich nach einem Kriege mit Deutschland sehne, und obgleich die Unbeliebtheit des preussischen Namens in ganz Frankreich sich nicht in Abrede stellen lasse, sei es doch aber und aber erlogen, daß die Masse des Volkes — geschweige denn die gebildeteren Klassen — eine Kriegserklärung gegen Preußen mit unbändiger Freude aufnehmen würde. Wahr dagegen sei es, daß die vom Kaiser gegen Preußen bisher befolgte Politik im ganzen Lande als eine verfehlte verurtheilt werde, daß das Vertrauen in den Verstand und den Takt des Kaisers untergraben sei. Daß er zwei Mal einen Anlauf genommen, um wieder zurückzukehren, das sei es, was die Franzosen ihm verdenken, und die Besorgniß, daß er es zum dritten Male versuchen dürste, wenn kein Umkehren mehr möglich sei, nicht aber das eigene böse Gelüste beherrsche sie.

Die Studenten-Versammlung zur Feststellung einer Petition an das Abgeordnetenhaus und die Staatsregierung um Aufhebung der eximierten akademischen Gerichtsbarkeit wurde am Sonntag Vormittag in Schäfer's Etablissement abgehalten. Ein Teilnehmer an derselben berichtet der „B. V. Z.“ Folgendes: „Die von dem im vorigen Semester erwählten Comité angefertigte Denkschrift, welche in eingehender Weise die Unhaltbarkeit jener mittelalterlichen Institution in allen Beziehungen nachweist, sowie die Petition wurden von der überwiegenden Majorität der 200 Anwesenden unverändert angenommen. Für die Beibehaltung der bestehenden Gerichtsbarkeit erhob sich keine Stimme; nur vereinzelte Stimmen, aus der Mitte spezifisch studentischer Korporationen, welche das Duell noch mit Vorliebe pflegen und sich mit den kläglichen Resten des alten „Renommistenthums“ brüsten, wie der Korps und der Verbindung Germania, waren dafür, daß nicht eine gänzliche Aufhebung, sondern nur eine Reform der akademischen Gerichtsbarkeit angestrebt würde, und zwar — „weil das Universitätsgericht das studentische Duell milder bestrafe, als die ordentlichen Gerichte.“ — Dieser Grund vermochte natürlich keinen Eindruck zu machen; das anhaltende allgemeine Gelächter der Versammlung ersetzte denn auch eine Widerlegung desselben, die deshalb nicht erfolgte, weil der Schluß der Debatte schon angenommen war. Schließlich wurde das schon bestehende Comité mit der Sammlung von Unterschriften für die Petition, mit der Absendung der Petition und der Weiterverbreitung der Agitation auch auf anderen Universitäten beauftragt. Die Petition soll dem Abgeordnetenhaus im Anfange nächster Woche überreicht werden.

In Folge der im Hannoverischen betriebenen Agitationen sind in diesen Tagen der Polizei-Direktor Dr. Stieber, der Polizeirath Goldheim und andere Polizeibeamten nach Hannover gegangen.

Die zwischen der Krone Preußen und den thüringischen Regierungen, welche zeitlich die Bundes-Reserve-Infanterie-Division gebildet haben, abgeschlossenen Militär-Konventionen bestimmen bekanntlich, daß von letzteren Staaten, statt des in der norddeutschen Verfassung bestimmten Sages von 225 Thlen. auf den Kopf, jährlich zunächst nur 162 Thlr. bezahlt und in sieben Jahren je 9 Thaler zugelegt werden sollen, bis der Bundesverfassungssatz erreicht ist. Nachdem nunmehr diese Konventionen zur Kenntniß der Landtage gekommen sind, entnimmt das „Dresd. Journ.“ einigen weiteren Paragraphen derselben Folgendes: Preußen übernimmt bei der Organisation dieser Kontingente auch die Organisation der Landwehr und das Aushebungsgeschäft. Bis zum Jahre 1874 werden alle Offiziere der Kontingente als zur preussischen Armee gehörig betrachtet. Alle Anstellungen, Beförderungen und Verhaftungen innerhalb der Kontingente und aus diesen heraus werden von dem Bundesfeldherrn versüßt. Alle Offiziere leisten dem Könige von Preußen den Fahneneid. Die Grundfarben, Schnitt und Grad-Abzeichen der preussischen Uniform sind maßgebend; die Offiziere tragen preussische Feldzeichen und Schärpen. Den Kontingentoberen bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen nach ihrem Ermessen zu bestimmen; es steht ihnen die Disziplinargewalt eines kommandirenden Generals zu. Im Uebrigen wird die Disziplinabefugniß von denjenigen Truppenkommandanten ausgeübt, welchen

das Kontingent in dienstlicher Beziehung unterstellt ist. Das Begnadigungsrecht über der König von Preußen aus; etwaige Wünsche der Kontingentoberen werden in dieser Beziehung möglichsie Berücksichtigung finden. In den Etat der Kontingente wird eine Adjutantur des Kontingentoberen aufgenommen.

Die Regierung des Fürstenthums Birkenfeld führte seit längeren Jahren einen Prozeß gegen die Krone Preußen, von der sie gewisse Berechtigungen von erblichem Werthe an den Waldungen des Amtes Wildenburg beanspruchte. Wie die „Bank- und Handels-Zeitung“ erfährt, ist dieser Prozeß jetzt in letzter Instanz zu Gunsten Birkenfelds entschieden, und das Fürstenthum hat daraus eine Entschädigungssumme von etwa 70,000 Thalern zu erwarten.

**Köln, 18. Mai.** Die Pionier-Bataillone, welche bisher noch Infanterie-Gewehre mit Bajonett führten, erhalten jetzt ganz kurze Zündnadel-Gewehre, auf welche an Stelle des Bajonetts das Fälschnmesser gesteckt wird.

**Trier, 16. Mai.** Die „Trier'sche Z.“ schreibt: „Für Trier hat die Entfernung der preussischen Garnison aus Luxemburg noch eine nahe liegende praktische Bedeutung. Man hofft nämlich, daß Trier um so mehr als ein geeigneter Ort für Aufnahme der luxemburgischen Garnison befunden werde, als es nicht nur einen angenehmen, gesunden und wohlfeilen Aufenthalt bietet, sondern auch für alle kommenden Ereignisse in Frankreich und im Großherzogthum Luxemburg mehr als bisher einer starken Garnison bedarf. Die Sache würde sich natürlich in diesem Sinne von selbst erledigen, wenn Trier ein verschöntes Lager erhielt. In diesem Falle kämen Trier nicht nur die Vortheile einer vermehrten Garnison zu flatten, sondern es könnte alsdann auch mit Zuversicht an die baldige Ausführung der Eifel-, Mosel- und Hochwaldbahn geglaubt werden, damit Trier auf diese Weise in direkte Verbindung mit den drei rheinischen Festungen Köln, Koblenz und Mainz gebracht sei.“

**Frankfurt a. M., 19. Mai.** Von einer Anzahl diesiger Bürger ist unter dem 11. v. M. eine Eingabe an den Herrn Finanzminister eingereicht worden, welche sich aufs Nachdrücklichste gegen die Einführung der Wahl- und Schlachtsteuer bei uns ausspricht.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 18. Mai. Eine Ministerial-Bekanntmachung ordnet die Beschleunigung der vorbereitenden Arbeiten zu dem diesjährigen Rekrutierungsgeschäfte an. Bis Ende dieses Monats sollen die Geburtslisten von 1846 von den Predigern an den betreffenden Behörden eingeliefert sein.

**Dresden, 19. Mai.** (N. Allg. Z.) Es war ein erhebendes Fest, eine Art wirklichen Verbrüderungsfestes, welches sich vorgestern Abend aus der dem preussischen Offizierkorps von unsrer hier garnisontrenden sächsischen Offizieren gegebenen Abschiedsfester entwickelte. Die Anwesenheit des Kronprinzen, welcher noch Vormittags der Eröffnung der Chemnitz Industrie-Ausstellung beigewohnt hatte und des Prinzen Georg bis nach Mitternacht, die Dauer des ganzen Festes bis gegen 5 Uhr Morgens, bewies, wie anmirt die durch offizielle und nicht-offizielle Trinksprüche gewürzte Stimmung der über 400 Festtheilnehmer gewesen. Die Säle des Belvedere waren mit den von blühenden Gewächsen umgebenen Büsten der Könige Johann und Wilhelm, mit Fahnen in den sächsischen, preussischen und norddeutschen Bundesfarben, sowie mit den Wappenschilden der norddeutschen Bundesstaaten geschmückt und eine treffliche, von den Kapellen des Leib-Grenadier-Regiments König Johann Nr. 100 und des 2. sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 101 vorgetragene Musik, unterstützte den Genuß der Freuden der reich besetzten Tafel. Eine später auf der Elbdampffähre von diesen Kapellen ausgeführte Nachtmusik, verlieh dem Feste noch einen besonderen Reiz, dessen ganzes Arrangement somit geeignet war, einen angenehmen und dauernden Eindruck zu hinterlassen.

Die unter der Protektion des Kronprinzen stehenden Militärvereine des Landes beabsichtigten an den Jahrestagen der Schlachten bei Gitschin (29. Juni) und Königgrätz (3. Juli), stille Todtenfeiern zu veranstalten, die sich aber fern von jeder Demonstration halten sollen. Von den zu Ehren der in den gedachten Schlachten gefallenen Sachsen zu errichtenden Denkmälern ist das für Gitschin bereits fertig und wird an den Ort seiner Bestimmung geschafft. — Einige Zeitungen wollten in dem Unterbleiben der Enthüllung des Friedl.-August-Denkmales auf dem Neumarkt am gestrigen Jahrestage der Geburt des verstorbenen Königs eine Art Absicht erblicken. Mag sein, daß es bestrebend erscheint, daß dieser Tag zum zweiten Male dazu ungenutzt vorüberging, allein wir halten die politische Leidenschaft unter uns für hinlänglich abgekühlt, um es gleichgiltig zu finden, ob die dabei notwendig zu Tage tretenden spezifisch-sächsischen Sympathieen sich auch erst nach dem Abzuge der preussischen Truppen kundgeben. — An dem Tage und noch vor der Eröffnung der Industrie-Ausstellung zu Chemnitz, verlieh der König dem Bürgermeister Müller und dem Vice-Bürgermeister Veiters das Ritterkreuz des Verdienstordens mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Auszeichnung der guten Haltung der Stadt Chemnitz im vorigen Jahre und dem Antheil der Verwaltung daran, gelte. — Gestern wurde die Ausstellung u. A. auch von dem königl. preussischen Gesandten Herrn v. Eichmann besucht.

## Ausland.

**Wien, 18. Mai.** Von den Präsidenten-Ernennungen für beide Häuser des Reichsrathes macht jene des polnischen Demokraten Dr. Ziemiakowski zum zweiten Vice-Präsidenten des Abgeordnetenhauses das meiste Aufsehen. Es sollen vor seiner Berufung auf diesen Posten Verhandlungen mit ihm gepflogen worden sein, wobei gegenseitig gewisse Zugeständnisse gemacht worden wären. Bekannt ist, daß Dr. Ziemiakowski in seinem Vaterlande für Be-

